

Vorwort:

Viele sprechen in den Zeiten vor den Wahlen von Wahlkampf. Wir kämpfen zwar auch, aber nicht um die reine Macht, der Machtwillen und den Einfluss, damit alles so bleibt wie es ist, sondern um die Weiterentwicklung einer Wertegesellschaft auf Grundlage eines christlichen Menschenbildes und im Sinne unsere Schöpfung zu bewahren.

Hierzu gehört für uns auch der sozialökologische Ausbau und die Weiterentwicklung einer Energieversorgung, die den Namen Nachhaltigkeit verdient.

Als Grundlage für unser Positionspapier diente uns das auf der Jahresmitgliederversammlung am 16.03.2012 beschlossene 10 Punkteprogramm für den Landkreis Haßberge, welches im Wesentlichen von den Akteuren der Energiewende im Landkreises Haßberge übernommen und in einer Sitzung des Kreistages Ende des Jahres 2012 auch so vorgestellt wurde.

Wir sind auch der Überzeugung, dass die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, die alle Parteien im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und unter Einbeziehung des Wissens der Gesellschaft gestalten und voran bringen müssen. Die Energiewende darf nicht zum Macht- oder Angstinstrument (teuer, nicht machbar etc. ...) einiger Weniger verkommen, um Stimmen für die nächsten Wahlen zu generieren.

Zum Gelingen bedarf es ferner der Zusammenarbeit mit der Wissenschaft an Hochschulen, den Ingenieuren und Handwerkern, damit ein Handlungspool aus den vielen kreativen und innovativen Ideen aus den Köpfen der Vordenker entstehen kann.

Mit römischen Zahlen und kursiv markiert sind die Forderungen aus dem regionalen 10 Punktepapier, die die ÖDP - Vorstandschaft an die Landes – und Bundespolitik fordern würde. (per Rundmail abgesprochen)

Beschluss der Jahresmitgliederversammlung am 16.03.2012

Die Mitgliederversammlung des ÖDP-Kreisverbandes Haßberge hat in ihrer Sitzung vom 16.03.2012 folgende Forderungen beschlossen:

Der ÖDP – Kreisverband fordert grundsätzlich folgende Punkte zur Energiewende im Landkreis Haßberge:

10 Punkteprogramm für die Energiewende im Landkreis Haßberge

1. Die Energiewende darf nicht nur in großen Projekten von oben vollzogen werden. Örtliche Handwerksfirmen der Energietechnik und unsere BürgerInnen müssen in diesen Prozess unbedingt mit einbezogen werden, damit sie gelingt.

I. Hier sind als Musterbeispiel unser Umweltbildungszentrum und unsere Energieberater anzusehen, die hunderte von Bürgerhaushalten in Sachen Energiespartetechnik beraten und begleiten und die Verknüpfung mit regionalen Handwerksfirmen herstellen.

2. Die Energiewende setzt auf die Beteiligung verschiedenster nachhaltiger Primärenergieformen wie Sonne, Wind und Wasser sowie bedingt auch auf nachwachsende Rohstoffe. Letztere sollen nur im naturverträglichen Maße und ohne Konkurrenz zum Lebensmittelanbau Berücksichtigung finden dürfen. Sonne, Wind und Wasser schenkt uns die Natur und sind vom Primärenergiebedarf betrachtet nachhaltig und kostenneutral!

II. *Wir haben hier ein Problem, welchem die amtierende Bundesregierung mit einer Strompreisbremse begegnen will, anstatt aus dem Problem eine Chance zu machen. Wir haben zu bestimmten Zeiten einen Überschuss und einem Mangel an Energie aus Erneuerbaren, CO₂ neutralen Primärenergieträgern. Dies führt dazu, dass es zu bestimmten Zeiten an der Strombörse in Leipzig zu einem Überangebot an Strom kommt, der teilweise verschenkt oder sogar noch für die Abnahme bezahlt werden muss. Da den Erneuerbaren Energieerzeugern aufgrund der wichtigen Investitionssicherheit aber die Einspeisevergütung auf Jahre hinaus gesichert ist, führt dies bei weiteren Ausbau zu immer höheren Kosten bei der Umlage auf die einzelnen Bürger – hier vorwiegend Privathaushalte, da die Regierung ungerechterweise großzügig immer mehr Firmenkunden von der Umlage befreit hat. Eine Strompreisbremse wie vom amtierenden Umweltminister in Absprache mit dem Wirtschaftsminister vorgeschlagen, würde aber dazu führen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien vollends in Stocken geraten würde und CO₂ intensive Energieträger des letzten Jahrhunderts (Erdöl, Kohle, Erdgas usw.) wieder die Marktherrschaft übernehmen würden, weil deren klimaschädlichen Folgekosten (CO₂ Anstieg, Kosten der Einlagerung u. logistische Überwachung des Atommülls) über Jahrhunderte, ja, wenn nicht über Jahrtausende hinweg gar nicht mit eingepreist wurden. Die Ideen der CO₂ – Zertifikate wurden teilweise an die dominierende Großindustrie verramscht! und sollten nach Ansicht unseres amtierenden Wirtschaftsministers am besten noch billiger werden. Das hilft zwar kurzfristig dem deutschen Industriestandort und den weltweiten konventionellen Primärenergieerzeugern, aber nicht einer nachhaltigen Entwicklung, die auf Klimaneutralität, also CO₂ freie Verfahren setzt! Aber die gibt es und sie sollten, auch im Bezug der Weiterentwicklung des wichtigen Steuerungsinstrumentes EEG weiterentwickelt und konsequent ausgebaut werden. Eine vielversprechende Möglichkeit ist die unter den Namen bekannte Methode „Power to Gas“ bezeichnete Umformung elektrischer Energie in Wasserstoff oder Erdgas. Die so gewonnene Energie erzielt Wirkungsgrade wie sie – übrigens wie auch von der amtierenden und auch vergangenen Bundesregierungen geplanten - moderne Kohlekraftwerke gerade mal erreichen.*

Nur der Unterschied ist der!: Man bleibt bei dieser Energiegewinnung sofort im 100 % CO₂ neutralem Kreislauf und bindet sich abschreibungs- und finanztechnisch bedingt nicht noch weitere Jahrzehnte an eine Energieerzeugungsform aus dem letzten Jahrhundert! Übrigens sparte man sich den Steuerzahlern, also den Bürgern Milliarden an Euro`s für mehrere Stromleitungstrassennetze von Nord nach Süd, weil durch die „Power to Gas – Methode“ ganz einfach in Rostock oder Kiel ins seit Jahrzehnten bestehende bundesdeutsche Erdgastrassennetz Gas eingespeist werden kann und in München aus diesem Netz eine große Kraft – Wärme – Kopplungsanlage

anläuft, die Strom erzeugt, wenn gerade mal kein Wind weht oder die Sonne scheint. Die Wärme kann zum Beispiel ans Olympiagelände abgegeben werden, wenn Strom gebraucht wird. Aber natürlich kann auch ein umweltfreundliches Erdgasauto in Kiel oder Rostock direkt betankt werden. Man könnte sich auch vorstellen, dass es regionale Batterieladestationen für Elektroautos gibt, wo überschüssiger Sonnenstrom solche Batterien in Massen auflädt oder die nächst Generation von Wasserstoffauto`s betankt- CO 2 neutral, aus nachhaltigen Energiequellen. Um die innovativen Ideen der Pioniere aus Photovoltaik und Windkraft nicht vollends vom Markt zu vernichten indem man dem Wirtschaftsminister das EEG komplett abschaffen lässt, könnte man jenes auch so fortschreiben, dass man die Industriebetriebe belohnt, die gerade mal überschüssigen Strom abnehmen oder speichern, wenn zu viel am Markt ist. Hier ist die Innovation der Betriebe bei der technischen Umsetzung gefragt und keine Angst, die haben die, wenn es ums Geld geht! Schließlich schaffen sie das auch, wenn es um andere Kapitalinteressen geht. So haben die Lobbyisten es geschafft die Politik soweit zu bringen, dass sie großzügig von der EEG – Umlage befreit werden und der amtierende Wirtschaftsminister an der Abschaffung des EEG bastelt – spätestens nach den Wahlen ab Herbst 2013 soll diese Vision Wirklichkeit werden!

Wenn man aber gar nichts tut, um auch das EEG marktgerecht und nachhaltig weiterzuentwickeln wird die Energiewende zum bösen Kind ganz ganz vieler einst energiewendewilliger Bürger und Bürgerinnen und zum Lachgesicht weniger Großer! Dass sind demnach die Aufgaben bundesdeutscher Energiepolitik. Vorgaben über das EEG zu machen und die politischen Voraussetzungen schaffen, dass überschüssiger Strom nicht unnütz vernichtet oder verramscht werden muss auf Kosten der Bürgerinnen, sondern die Zielvorgaben für Hochschulen, Industrie und Handwerk so zu formulieren, dass aus Risiken Chancen werden. Nicht umsonst träumen kreative Ingenieure und Handwerker von innovativen Ideen, die unsere Energieversorgung von Morgen revolutionieren! Gibt die Politik die Rahmenbedingungen vor künftig den Schwerpunkt der EEG – Förderung auf die Speicherung zur Grundlastabdeckung mit zu berücksichtigen, schafft der Markt die Wende und Deutschland kann zum Musterland einer nachhaltigen Energieversorgung werden. Derzeit tentiert es zum Ausverkaufsland bestimmter Schlüsseltechnologien aus Firmenkonkursen- und schließungen, die in jahrzehntelanger Forschungs- und Aufbauarbeit geleistet wurden!

3. Bei der Umsetzung der Primärenergieformen in Energieerzeugungsanlagen setzt das Energiekonzept der ÖDP auf die Vernetzung der verschiedensten Energieerzeugungsanlagen in Form von Kombikraftwerken. Durch moderne Steuerungen z.B. durch die Anwendung von intelligenten Steuerungen wie „Smartmetern“ in den Kommunen (Beispiel Stadt Haßfurt) ist ein Höchstmaß an Energieeffizienz erreichbar.

III. Intelligente Steuerungen mittels Smartmeter bei der Strombewirtschaftung sind ein weiterer Schritt, aber auch das Potential der der Einsparung durch effizientere Technik oder nicht verbrauch durch Dämmung sind ein weiterer Schritt, die Energiewende Wirklichkeit werden zu lassen! Kurz beschrieben unter den drei E`s: Energieeffizienz, Energieeinsparung und restliche Abdeckung mit 100% Erneuerbarer Energie

4. Bürgerbeteiligungsformen sind vorrangig anzustreben, vor dem privatwirtschaftlichen Engagement großer Firmen. Falls Gesellschaften gegründet werden, ist darauf zu achten, dass sie zu mindestens 51 % in der Hand demokratisch gewählter Organisationen bleiben.

IV. Wir fordern von der Bundes- und Landesregierungen ein steuerliches Unterstützungsprogramm für Bürgerbeteiligungsformen auf kommunaler Ebene und ein klares Bekenntnis hierzu. Mehr als 50 % der Energiegenossenschaften befinden sich bereits in der Hand von BürgerInnen unseres Landes. Hier wird bürgerschaftliches Engagement deutlich, nicht nur für ein Gewinnstreben, sondern für eine sichere und nachhaltige Geldanlage aus der Region für die Region! Gewinne fliesen nicht nach Fernost oder andere dunkle Kanäle ab, sondern werden hier versteuert und rekapitalisiert, was nicht nur der Wirtschaft gut tut, sondern der Gesamtgemeinschaft unserer Gesellschaft, Kultur, Gesundheit, Bildung, Kaufkraft insgesamt.

5. Neben den derzeitigen Planfeststellungsverfahren für die Windenergie, dürfen die anderen oben benannten Primärenergieträger nicht zu kurz kommen und müssen parallel Flächen für die Planungssicherheit und dem schnellen Vollzug der Energiewende ausgewiesen werden. Nur ein schneller Ausbau schafft Vertrauen in die Energiewende.

V. Nach der Solarenergie scheint die Windenergie der Buhmann mancher Organisationen und Politiker geworden zu sein. Aber will man diesen zukunftssträchtigen Markt nicht komplett asiatischen Märkten überlassen, bedarf es weiterhin Planungssicherheit. Nicht umsonst hat die bayerische Staatsregierung vor wenigen Jahren für Millionen von Euro`s einen eigenen bayerischen Windatlas herausgegeben, der Orientierung für regionale Planungsgebietskörperschaften geben sollte. Zwar hätte alleine der Regionalverband Main Rhön mit den hier genannten über 1000 möglichen Windkraftstandorten ganz Bayern mit günstigen Windstrom versorgen können, was wir auch als ÖDP kritisiert hatten, denn auch andere Regionen sollen Teilhabe an der möglichen Wertschöpfung aus der Region für die Region erhalten. Aber die regionalen Politiker haben in weiser Voraussicht diese Planvorgaben bereits modifiziert, auch im Sinne von Abstandsflächen zu den Wohngebieten und mit unserer Mitwirkung. Hier ist eine Wahnsinns Fisiphusarbeit geleistet worden, die im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand gesetzt wäre, dürften die Planungen nun nicht umgesetzt werden. Würden die neuesten Gedanken des amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Wirklichkeit, dann könnten nicht 5 % der bayerischen Fläche für die Windkraftherzeugung genutzt werden, sondern nur 0,05 %, also demnach unmaßgeblich und unwirtschaftlich für Investoren jeglicher Art!

6. Windenergieanlagen sollen zur Wohnbebauung aus der Hauptwindrichtung einen Mindestabstand von 1.200 m und ansonsten 1.000 m Mindestabstand einhalten.

VI. Das ist eine wirtschaftliche, durchdachte Position der ÖDP!, die wir stets zum Schutze von Mensch und Natur eingebracht hatten.

7. Die ÖDP fordert eine bessere Information der Landkreisbevölkerung über die Nutzung und Vernetzung der verschiedensten Energieerzeugungsformen aus Sonne, Wind und Wasser, sowie der nachwachsenden Rohstoffe durch Veranstaltungsreihen mit anerkannten Fachleuten.

VII. *Hier geschieht unseres Erachtens eher das Gegenteil in der Landes- und Bundespolitik. Es ist immer nur von Kosten und Belastungen der BürgerInnen die Rede und unser amtierender Bundeswirtschaftsminister tut auch alles Erdenkliche dafür die geschenkte Primärenergie aus Sonne Wind und Wasser für die steuerzahlenden BürgerInnen möglichst teuer werden zu lassen, indem er großzügig viele Wirtschaftszweige entlastet und die Kosten den einzelnen Personenhaushalten aufbürdet. Die kreative innovative Idee hatte ich bereits oben beschrieben. Die Großbetriebe bekommen günstigere Energie, wenn sie selbst innovativ tätig werden, wenn sie zum Beispiel Energiespeicher vorhalten, wo Überschussenergie aus den erneuerbaren Quellen zwischengelagert werden. Hier gibt es tolle Abschreibungsmodelle mit denen man so was steuern (kommt von Steuern!) kann und würde dazu führen, dass deren Milliardengewinne nicht nach Brasilien für neue fragliche Staudammprojekte fließen würden, sondern einer weltweit beispielhaften Erneuerbaren Energiewende dienen könnten. Im mittelfristigen Ergebnis würde diese Steuerpolitik nicht dazu führen, dass wir künftig unsere „billige“ Energie von Brasilien, Rußland oder sonst wo her beziehen müssten, sondern bundesdeutsche Vorzeigeunternehmen die Zukunftstechnologien der Erneuerbaren von Europa aus in die Welt vermarkten könnten. Ich sage bewusst Europa, denn der Ausverkauf der Erneuerbaren Technologien betrifft nicht nur Deutschland und wenn die Großkonzerne ihre Chance erkennen und nutzen würden, dann würden sie nicht gegen die kleinen innovativen Projektentwickler kämpfen, sondern europaweit vernetzen und die gewonnene, immer wirtschaftlicher werdende Energie (Primärenergie aus Sonne, Wind und Wasser ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Geschenk Gottes!) intelligent vermarkten. Hier könnte man auch mit einem Satz von Saint Exiperie schließen: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann sage nicht Deiner Mannschaft, wie schwer es ist das Holz zu beschaffen und das Schiff zusammen zu bauen, erzähle ihnen davon, wie schön (und ökologisch würde ich hinzufügen) es ist auf den Weltmeeren mit dem Schiff zu reisen.“ Mit anderen Worten die Bundesregierung hat gar keine positive Vision einer nachhaltigen Energieversorgung, die sie den BürgerInnen vermitteln könnte. Sie tischt den BürgerInnen immer nur die Probleme auf, um mit aller Macht bei der alten Energieversorgung und der eigenen Macht zu bleiben. Das ist das eigentliche Problem, nicht die Energiewende, die haben bereits zehntausende Bürger und Bürgerinnen selbst in die Hand genommen, indem sie sich direkt oder indirekt an Bürgerenergiegenossenschaften beteiligten.*

8. Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten sollen durch erfahrene, neutrale Institutionen vorgestellt und dann gemeinsam Finanzierungsmodelle mit den örtlichen Banken entwickelt werden. Bei der Ansiedlung nachhaltiger Energieerzeugungsanlagen ist den unmittelbar betroffenen Kommunen bei der Beteiligungsmöglichkeit ein Vorrangrecht einzuräumen. Erst wenn sich vor Ort nicht genügend Investoren finden, ist diese für den freien Markt zu öffnen, wobei auch hier die 51% - Regelung bzgl. der demokratischen Mitbestimmung im Sinne der Bürger gelten sollte.

VIII. *Auch hier könnte die Landes- und Bundespolitik tätig werden anstatt über irgendwelche Landebanken irgendwo in der Welt wieder Geld im Sand zu versenken. Denkbar wären hier auch spezielle entwickelte und rentensichernde Kapitalanlagen bei der BürgerInnen nachhaltig Geld regional investieren können. Aber auch ein Fördermodell einzelner Haushalte über eine Energiesparförderprämie mit allen möglichen innovativen Facetten der Ausgestaltung wäre möglich! Früher gab es die Eigenheimzulage, warum nicht jetzt die „Energiewendezulage“ für private Investitionen. Dies würde zu einer Innovation bei vielen Firmen und zu tausender neuer Arbeitsplätze im Bereich der nachhaltigen Wertschöpfung führen..*

9. In enger Abstimmung mit unseren Naturschutzbehörden wird ein besonderes Augenmerk auch auf die Belange des Natur- und Artenschutzes gelegt.

IX. *Hier fehlt es an der kontinuierlichen Vernetzung mit den Naturschutzverbänden und Umweltschutzorganisationen, die gute eigene Ideen haben und mit umgesetzt werden könnten.*

10. Der Landkreis bewirbt sich um innovative Projekte der Erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich der Speichertechnologie.

X. *Damit die Energiewende auch wirtschaftlich gelingt ist die Sicherstellung der Grundlastfähigkeit der Erneuerbaren Energien der Schlüssel zum Erfolg schlechthin. Hier haben Landes- und Bundesregierung in Zusammenarbeit mit örtlichen Handwerksfirmen, Ingenieuren und den Forschungsabteilungen bundesdeutscher Betriebe in Zusammenarbeit mit den Hochschulen Pionierarbeit zu leisten und umzusetzen. Dies zu ermöglichen wäre vorrangige Aufgabe zur Weiterentwicklung unserer nachhaltigen Energieversorgung hin zu 100% Erneuerbaren. In diesem Sinne - es gibt viel zu tun - packen wir`s an! Wider den Gerede von nicht Machbarkeitsstudien und den Kosten schaffen wir das auch, wenn wir es wirklich wollen! In einhundert, zweihundert Jahren werden uns Generationen nach uns dankbar sein, dass sie noch saubere Luft zum Atmen und frisches Wasser zum Trinken haben und die Sonnenstrahlenbelastung nicht auf das unerträglichste angestiegen ist, weil wir die CO₂ Belastungen nahe null reduzieren konnten. Dieses Jahr vor genau 300 Jahren haben dies kluge Waldarbeiter und Förster mit einem nachhaltigen Waldbewirtschaftungskonzept für uns auch getan, heute machen wir das für unsere Enkel und Urenkel für eine nachhaltige Energieversorgung!*

Mit energiepolitischen Grüßen

Für den ÖDP Vorstand Haßberge, gezeichnet Rainer Baumgärtner

Schlussbemerkung aus dem 10 Punktepapier:

An unseren Landrat und die im Kreistag vertretenen MandatsträgerInnen ergeht zudem folgender Appell:

Auf Landes- und Bundesebene setzen sich unsere Politiker dringendst dafür ein, dass den Regionen Vorrang bei der Energiewende eingeräumt wird!

Die Abschaffung des EEG oder der Vorrang großer Off – Shore oder milliardenteurer Gasturbinenkraftwerke würde das AUS für regionale Initiativen bedeuten. Denn auch die Kommunen und die investierenden Bürger brauchen Planungssicherheit! Nur so bleibt nachhaltig das Geld in der Region und dient im Kreislauf den Bürgern und damit unseren sozialen und kulturellen Einrichtungen!